

## Aus der Sitzung des Gemeinderats vom 26.04.2021

### **Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse**

Der Gemeinderat hat in der nichtöffentlichen Sitzung vom 22.03.2021 beschlossen, bei einer Mitarbeiterin die Probezeit zu verkürzen und in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übernehmen. In diesem Zusammenhang wurde sie zur Gemeindeoberinspektorin befördert.

### **Straßenbeleuchtung – Suche nach Schwachstellen im Bereich Hochstaad durch die Netze BW – Vorstellung des Ergebnisses**

Auf Basis wiederholter Ausfälle der Straßenbeleuchtung in mehreren Wohnvierteln der Gemeinde hat die Gemeindeverwaltung die Netze BW beauftragt in einem gemeinsamen Modellversuch die Schwierigkeiten der Straßenbeleuchtung zu beheben. Das Untersuchungsgebiet umfasste den Bereich zwischen Jordanstraße und Biberacher Straße (Gebiet Hochstaad) sowie die Bahnhofstraße. Mittels der Messungen konnten drei potentielle Fehlerstellen frühzeitig gefunden und repariert werden, bevor es zu einem Ausfall der Straßenbeleuchtung in diesem Bereich kommen konnte. In diesem Zusammenhang erfolgte eine Dokumentation der Leuchten und Leitungen. Die Kosten für die Arbeiten liegen bei 16.794,47 €. Zwei Vertreter der Netze BW stellten in der Sitzung ihre Arbeit vor und standen für Fragen zur Verfügung.

Der Gemeinderat beschloss, die Reparatur der Kabelübergangskästen durchzuführen und die Gemeindeverwaltung zu beauftragen, für die Reparatur Angebote einzuholen und den Auftrag zu vergeben. Die Netze BW wurde zudem beauftragt bis zum Herbst zu prüfen, wo es bei der Straßenbeleuchtung Einsparpotentiale gibt.

### **Haushaltsplan 2021 - Satzungsbeschluss**

Der Gemeinderat stimmte den Änderungen des Haushaltsplanentwurfs 2021 und der Haushaltssatzung 2021 zu. Der Haushaltsplan soll künftig im Vorjahr beraten und beschlossen werden.

## **Vorschläge zur Haushaltsverbesserung**

Die Verwaltung machte folgende Vorschläge, um den Ergebnishaushalt zu verbessern:

- Erhöhung der Realsteuern
- Erhöhung der Hundesteuer um jeweils 3 € für die Jahre 2022 – 2024
- Wasser-/Abwassergebühren – Neukalkulation der Verwaltungskosten
- Essensgelder Schule und Kindergarten auf das neue Schuljahr um 5 %
- Badensee – regulärer Betrieb und Gebühren erst wieder ab 2022 denkbar
- Gebühren Schloss ab 2022 – Erhöhung um 10 %
- Friedhofsgebäuden – Erhöhung der Urnenerdröhren ab 01.02.2022

Die Einsparmöglichkeiten wurden sehr intensiv diskutiert. Dabei ging es auch um den Mietvertrag mit dem Schloss. Eine Entscheidung hierzu wurde vertagt.

## **Ermittlung der Biodiversitätspotentiale für die Gemeinde Ummendorf**

- Beauftragung von iusmedia

Der Gemeinderat setzte diesen Punkt zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung ab.

## **Unterrichtung über den Abschluss der GPA-Finanzprüfung**

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im vergangenen Jahr die überörtliche Prüfung durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsprüfung der Gemeinde in den Haushaltsjahren 2014 – 2018.

Der Gemeinderat nahm vom Abschluss der Finanzprüfung der GPA für 2014 – 2018 Kenntnis.

## **Beteiligung der gemeinsamen Kommunalanstalt Komm.Pakt.Net an der OEW Breitband GmbH**

Der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) plant derzeit die Gründung einer OEW Breitband GmbH. Ziel ist die Beschleunigung des kommunalen Breitbandausbaus. Der Ausbau über die OEW Breitband GmbH soll zusätzlich zum Ausbau der Städte und Gemeinden mit Komm-Pakt.Net erfolgen. Die Gemeinde ist Mitglied bei Komm.Pakt.Net. Die OEW Breitband GmbH kann und soll den Ausbau durch die Kommunen nicht ersetzen. Gemeinsam mit einem weiteren starken kommunalen Partner besteht für die beteiligten Kommunen von Komm.Pakt.Net die Chance, den Ausbau der glasfaserbasierten Breitbandinfrastruktur deutlich zu beschleunigen. Der Gemeinderat beschloss, der Beteiligung der Kommunalanstalt Komm.Pakt.Net an der geplanten OEW Breitband GmbH, vorbehaltlich deren Gründung, zuzustimmen. Herr Bürgermeister Reichert soll als Vertreter der Gemeinde bei der Verwaltungsratssitzung von Komm.Pakt.Net der Beteiligung zustimmen.

## **Stellungnahme zu Baugesuchen**

Nachdem der Bauantrag noch nicht vollständig war, stimmte der Gemeinderat dem Antrag auf Erstellung einer Garage auf dem Grundstück Noherrstraße 7 nicht zu und stellte das Einvernehmen nicht her. Sobald der Antrag vollständig ist, wird er wieder im Gemeinderat behandelt.

## **Gutachten Badesees**

Aufgrund der massiv gestiegenen Anforderungen an die Organisation des Badesees wurde die Deutsche Gesellschaft für das Badewesen GmbH mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Wie wichtig die Organisation eines Badebetriebes ist, zeigt die Tatsache, dass bei einem Badeunfall zuallererst ein mögliches Organisationsverschulden geprüft wird. Die Badbetreiber müssen ihre Organisation nach den rechtlichen Vorgaben, die erheblich von der Rechtsprechung bestimmt werden, anpassen, was mit enormen zusätzlichen personellen und finanziellen Aufwendungen verbunden ist. Hinzu kommt, dass Badeinseln und Stege abgebaut werden müssen, um überhaupt einen Betrieb gewährleisten zu können, was wiederum vielfach zu Unverständnis bei den Besuchern führt.

Die Gemeinde betreibt den Badesees als Naturbad mit Bademeister und Eintritt. Daneben gibt es noch die Möglichkeit, den Badesees als Badestelle zu führen, bei dem kein Eintritt verlangt wird, dafür z.B. Parkgebühren erhoben werden. Ein wesentlicher Unterschied zum Naturbad ist, dass bei der Badestelle kein Bademeister, sondern nur eine Aufsichtsperson vor Ort ist. Der beauftragte Gutachter hat der Gemeinde empfohlen, die bisherige Betriebsform beizubehalten. Dies erfordert aber mehr Person- und Sachkosten als bisher. Voraussetzung für den Betrieb ist die Durchführung von mehreren Maßnahmen, wie z.B. die Begrenzung der Uferlänge und der Wasserfläche, in der geschwommen werden kann, die Anbringung eines Geländers auf den Stegen, die Entfernung der Badeinseln sowie mindestens zwei Aufsichtspersonen bei Normalbetrieb.

In der Sitzung wurden die vorgeschlagenen Maßnahmen sowie die Betriebsform intensiv diskutiert. Bei einer Entscheidung muss immer beachtet werden, dass bei einem Unfall im Badesees als erstes von der Staatsanwaltschaft geprüft wird, ob von Seiten der Gemeinde ein Organisationsverschulden vorliegt. Die Rechtsprechung in diesem Bereich wird immer schärfer. Eine Entscheidung wurde vertagt, wobei überlegt wurde, ob und in welcher Form die Bürgerschaft eingebunden werden kann.

## **Verschiedenes**

### Anbau einer 4. Gruppe im katholischen Kindergarten Ummendorf

Auf Anfrage aus der Mitte des Gemeinderats sicherte die Verwaltung zu, beim Architekten nach der Kostenentwicklung anzufragen.